



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/295 - 30.12.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

1944/45 - Zehn Jahre danach	S. 1
Verteidigungsprobleme im Mittelosten	S. 3
Die Pflicht Bonns / Zur Pariser Abstinzung	S. 5
Staat und Kirche	S. 7

## Von der Waffenlosigkeit zur Wiederbewaffnung

sp. Wenn wir in diesen Tagen die ersten Blätter von dem unberührten Kalenderblock 1955 abreissen, beginnt ein Jahr, das stärker als die vorangegangenen im Zeichen der Erinnerung an den dunkelsten Abschnitt deutscher Geschichte stehen wird. "Vor zehn Jahren" wird es immer wieder in einer Flut von rückblickenden Betrachtungen heissen. Auch die eigenen Gedanken werden stärker als sonst dem seitdem zurückgelegten Weg zugewandt sein, weil es der menschlichen Natur entspricht, sich auch aus solchen äusseren Anlässen, die ins Auge fallen, Rechenschaft zu geben.

In diesen Tagen des Winters 1944/45 begann der letzte Akt des vom Dritten Reich fesselhaft entfesselten Krieges. Der ungeheure Raum, den die deutsche Wehrmacht einmal zwischen Stalingrad und den Pyrenäen, zwischen dem Bismeer und den Wüsten Afrikas beherrscht hatte, war auf das deutsche Kernland zusammengeschmolzen. Vor den zurückflutenden Heeresmassen waren die Strassen von den endlosen Elendszügen der Flüchtlingsstrecks verstopft, die deutschen Städte waren zu rauchenden Trümmerhaufen geworden. Die Herren, die in einer Hybris ohnegleichen das Weltgericht heraufbeschworen hatten, bangten um ihr Leben und wünschten nur, das ganze deutsche Volk möge mit ihnen zugrunde gehen - und sie sagten es auch. Der Schlussstrich unter dieses grauervolle Geschehen sollte freilich erst in vier Monaten gezogen werden.

Aber schon um die Jahreswende war <sup>letzten</sup> den Deutschen klar, wie das alles enden werde, waren sich die Sieger in den Willen einig, es

niemals wieder zuzulassen, dass sich im Herzen Europas ab und zu eine waffenstarrende Macht bilden könne. Hier begegneten sich Sieger und Besiegte, wie gross auch die Kluft war, die dieser Krieg zwischen den Völkern aufgerissen hatte und die Eisenhower mit dem Wort umschrieb: Wir kommen nicht als Befreier, wir kommen als Eroberer. Kein Deutscher weinte den verschwundenen Grössen des Dritten Reiches oder den geschlagenen Generalen der Hitler-Armeen eine Träne nach. Von mehreren künftigen Generationen schien der Alldruck eines typisch deutschen, von politischem Machtstreben ruhelos vorwärts getriebenen Militarismus genommen zu sein, der das eigene und andere Völker an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Kein Deutscher ähnte, dass wenige Jahre später in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung sich die Leidenschaften der gleichen Völker entzünden würden, die damals miteinander verbündet waren oder im Krieg lagen. Nach zehn Jahren vollends scheint diese Frage der deutschen Wiederbewaffnung schon kein unstrittenes Problem mehr zu sein, ist es soweit, dass der britische Aussenminister der Welt sagen konnte: es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie der deutschen Wiederbewaffnung. Und in der Sowjetzone stehen seit Jahren starke Verbände der sogenannten kasernierten Volkspolizei bereit, die Kadaver für eine mögliche sowjetzone Armee abzugeben.

Dem deutschen Volk ist mit der Forderung, für diesen Wandel von dem Verdammungsurteil gegen den deutschen Soldaten zum eifrigen Werber um ihr Verständnis zu haben, erstaunlich viel zugemutet worden. Was es gestern verbrennen sollte, soll es heute anbieten. Wer gestern der Verderber Europas<sup>war</sup> - der deutsche Soldat - soll sein Retter werden. Dieses alles, weil es den Siegern des zweiten Weltkrieges nicht gelang, die Ordnungsaufgaben zu erfüllen, die ihnen als totalen Siegern zukamen! Für dieses politische Versagen, das so total war wie ihr militärischer Sieg, sollen nun die Besiegten von gestern die Mitverantwortung übernehmen.

Für niemanden entsteht dabei eine so gefährliche Lage wie für den Deutschen, dem wieder Waffen aufgenötigt werden sollen. Nichts ist natürlicher als das gesunde Gefühl, sich dagegen sträuben zu müssen, solange der Vater, der Sohn, der Bruder auf der Seite des mutmaßlichen Gegners steht. Nichts ist natürlicher als der Wille, dieser verhängnisvollen Entwicklung doch noch in den Arm zu fallen und alles daran zu setzen, dem eigenen Volke das Schicksal der verbrannten Erde zu ersparen.

Das gleiche deutsche Volk hat, verleitet durch und getrieben von einer verheerischen Führung, den Krieg gegen den Westen und den Osten geführt und vor zehn Jahren verloren. Den Frieden kann es nur im Einvernehmen mit dem Westen und dem Osten erhalten. 1955 ist das Jahr, in dem dies gelingen muss, wenn es überhaupt jemals gelingen soll.

Das mittelöstliche Vacuum  
Die Remnisse für den Verteidigungspakt

Dr. R. Einflüsse der vielfältigsten Art sind dafür verantwortlich, dass zwar seit Jahren von der Notwendigkeit einer Verteidigung der mittelöstlichen Lücke (die Formeln lauten MEDO=Middle East Defence Organization bzw. MEEO = Middle East Treaty Organization) gesprochen wird, dass sich aber gemeinsame echte Anschauungen über den einzuschlagenden Weg nicht klar abzeichnen. Nur eins ist sicher: Die bis heute noch bestehenden Vertragswerke sind dazu nicht geeignet; das gilt sowohl für die eventuelle Ausweitung des türkisch-pakistanischen Paktes, des 1956 ablaufenden englisch-irakischen Vertrages und auch des neuen Sueskanalabkommens zwischen Großbritannien und Ägypten. Über neue Bindungsformen bestehen jedoch noch ganz verschiedene Ansichten.

Die mittelöstliche Welt ist auch heute noch nicht frei von Furcht vor den Großmächten England und USA. Die arabischen Staaten haben ihre Ressentiments gegenüber der Türkei, die einmal über ganz Arabien herrschte, noch nicht begraben. Die Existenz Israels erweckt ebenso Misstrauen gegen Tel Aviv wie gegen die Westmächte, die die jüdische Heinstätte schufen. Die mohammedanischen Staaten des Mittleren Ostens haben zwar mit den Pakistanis den Glauben gemeinsam, doch fürchten sie eine Führungsrolle dieses größten Mohammedanerstaates in einem Regionalpakt. Interne arabische Aspirationen kommen hinzu: Wird der Irak, der Bagdad als arabische Metropole empfiehlt, das vom Militär regierte Ägypten von der Spitze verdrängen, dessen Ministerpräsident Nasser an einen neutralen Block mit den Pfeilern Indien-Indonesien-Ägypten denkt und darüber während einer Reise nach Neu-Delhi und Djakarta auch verhandeln will?

Unausrottbare Rivalitäten

Diese divergierenden Einflüsse bestimmen die gegenwärtige Lage und die zukünftigen Beratungen. In diesem Monat sitzen die Außenminister der Arabischen Liga beisammen. Sie unterhalten sich über Israel und über den zwischenarabischen Sicherheitspakt. Sie überlassen die Kernfrage der MEDO, der Anfang Januar zusammentretenden

Konferenz der Länderchefs. Die einzelnen Mitglieder der Arabischen Liga vertreten dazu diese Standpunkte: Ägypten hält an den für alle arabischen Staaten verbindlichen Beschlüssen der Liga fest. Der Irak wird versuchen, sich mit seiner ägyptischen Konkurrenz zu einigen, bevor er an eine festere Bindung an die Türkei und Pakistan denkt, die ihm von Großbritannien ans Herz gelegt wird. Mit Recht spricht man von der "persischen Lücke" in diesem Raum; sie könnte durch den Beitritt Teherans zum Ankara-Karatschi-Vertrag geschlossen werden. Doch machte der Schah bei seinem letzten Besuch in Washington klar, dass ein solcher Schritt eine spätere Sorge wäre, erst müsse sich Persien wirtschaftlich erholen.

Über alle Gegensätze hinweg sind sich die Länder des Mittleren Ostens darüber klar, dass sie fremde Wirtschaftshilfe brauchen. Ägypten, der Irak und Jordanien haben sie auch von den USA und neuerdings auch von England erhalten. Auf der dollar- und pfundbasierten Basis möchten sie es auch belassen und im übrigen in der alten Manier offenbar unausrottharer Rivalitäten ebenso beharren. Auf diese Weise kommt aber keine gemeinsame Politik des Mittleren Ostens, ja nicht einmal eine solche der Arabischen Liga zustande. Nun hat sich der Irak eingeschaltet, um eine Lösung zu versuchen. Er folgt dabei britischer Anregung, da sich London seit jeher für diesen Raum erst verantwortlich fühlt und seit dem Abschluss des Suezkanalabkommens hoffnungsvoller ist. Doch hat das stärker als in letzter Zeit den ägyptischen Nasser auf den Platz gerufen, der auf einer arabischen Grundlage jedes Sicherheitspaktes besteht und keine weiteren Hilfskonstruktionen wünscht.

#### Arabischer oder mittelöstlicher Regionalpakt

So bieten sich denn den arabischen Länderchefs im Januar die berühmten "zwei Möglichkeiten": Sie machen sich die ägyptische oder die irakische Linie zu eigen. Dabei wird es sehr auf Jordanien und Syrien ankommen; Amman betreibt zur Zeit eine Revision seines Vertrages mit England und wird seine Haltung je nach den Fortschritten dieser Verhandlungen einrichten. Damaskus aber sähe es nicht gern, wenn der Irak als neuer Wortführer der Liga aus der Konferenz hervorginge, weil ihm der Gedanke eines hamitischen Großreichs unter Bagdads Führung nicht eben sehr sympathisch sein kann; Damaskus würde in die Rolle einer Provinzstadt herabsinken.

Arabischer oder mittelöstlicher Regionalpakt stehen weiter auf

der Tagesordnung. Der eine schliesst den anderen aus, sagen die überempfindlichen arabischen Nationalisten. Beide miteinander zu verbinden, schwebt den Westmächten vor und jenen mittelöstlichen Politikern, die globaler denken als ihre Kollegen. Solange sie nicht geknüpft sind, ist die mittelöstliche Lücke trotz des türkisch-pakistanischen Vertrages nicht geschlossen und bleibt eine der schwächsten und neuralgischen Punkte des Westens.

+ + +

Dieser Artikel geht von der Annahme aus, dass am Donnerstagnachmittag in der französischen Nationalversammlung eine sehr knappe Entscheidung für die Pariser Verträge gefallen ist.

Was Bonn jetzt sagen müsste...

sp. Die unendlich mühsame und gequälte Entscheidung der französischen Nationalversammlung, sich mit der Aufrüstung Westdeutschlands abzufinden, die auf dem Tag vier Monate nach der Abgabe an die EVG erfolgt ist, gibt die Bahn für das Inkrafttreten der Pariser Verträge formell frei, weil nun nach der Lage in den Parlamenten der anderen beteiligten Länder keine ernstesten Schwierigkeiten mehr zu erwarten sind. Das Land, welches davon am entscheidendsten betroffen wird, ist Deutschland, und zwar ganz Deutschland. Der Inkraftsetzen der Pariser Verträge wird die deutsche Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit unmöglich machen. Es gibt keinen Anhaltspunkt, der diese pessimistische Auffassung entkräften kann, denn von keinem der Befürworter der Verträge ist jemals auch nur andeutungsweise gesagt worden, wie durch die Verträge von der Sowjetunion erreicht werden kann, Mitteldeutschland aus ihrem Machtbereich zu entlassen.

Die Zustimmung der französischen Nationalversammlung trägt nicht den Charakter eines aus freiem, unbeeinflusstem Willen entstandenen Beschlusses, sie ist vielmehr unter dem äussersten Druck der amerikanischen und britischen Politik zustande gekommen, die sich mit der Drohung durchsetzte: Wenn Frankreich nicht mitmacht, dann wird die Bundesrepublik eben ohne französische Zustimmung aufgelöst werden.

Hier fällt es nun der deutschen Opposition zu, zu sagen, was im nationalen deutschen Interesse auf breitester Grundlage, d.h. von der Regierung und der Opposition gemeinsam ausgesprochen werden müsste:

1. Ob die Bundesrepublik "auf jeden Fall", wie es Eden den Franzosen sagte, aufgerüstet wird, wird nicht in den westlichen Hauptstädten entschieden, sondern einzig und allein vom deutschen Volk in der Bundesrepublik nach gewissenhafter Prüfung der Ergebnisse e h r l i c h e r Bemühungen der Alliierten um die deutsche Wiedervereinigung. Umfragen der letzten Zeit zeigen deutlich, dass die gute Hälfte der westdeutschen Bevölkerung gegen die Aufstellung von Streitkräften ist, und dass dies vor allem bei der jungen Generation der Fall ist, auf die es ankommt. Es wäre auch gut, wenn alle, die es angeht, sich vor Augen stellen, dass die Periode deutscher Fügsamkeit mit dem 17. Juni 1953 zu Ende gegangen ist.
2. Eine Aufrüstung, die für die friedliche und freiheitliche Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Verhandlungswege nicht alle Chancen offenlässt, ist abzulehnen. Die Wiedervereinigung ist nicht nur unser höchstes, sondern auch unser vorrangigstes Anliegen. Auch dafür liegen unzweideutige Bekundungen des Volkswillens vor.
3. Eine Aufrüstung mit der widerwilligen Duldung eines gerade in dieser Frage völlig gespaltenen Frankreichs beinhaltet nicht nur die Gefahr einer weiteren Aufteilung Deutschlands durch den endgültigen Verlust des Saargebietes. Da die Verträge nur einen völlig unzureichenden Rückhalt im französischen Volke haben, ist die Gefahr keineswegs beseitigt, dass durch eine westdeutsche Wiederaufrüstung der Gedanke einer französisch-russischen Allianz neu belebt wird. Im Ernstfalle liesse sich dann das bizonale Restgebiet nicht verteidigen.
4. Es liegt einzig und allein in deutscher Hand, ob die angelsächsischen Landstreitkräfte vom Festland abgezogen werden oder ob sie so lange hier verbleiben, bis das Weltproblem der deutschen Wiedervereinigung von den Weltmächten politisch gelöst ist: Wenn wir, die Einheit unserer Nation bewusst aufgebend, uns in einer westlichen Militärallianz bedingungslos aufrüsten lassen, versetzen wir die angelsächsischen Mächte überhaupt erst in die Lage, ihre Landtruppen abzuziehen. Dass dies ihr Endziel ist, geht aus Äusserungen des Pentagon und vor allem aus der Tatsache hervor, dass die amerikanische Truppenstärke fortgesetzt vermindert wird. Wenn wir uns jedoch w e i g e r n, uns bewaffnen zu lassen, verhindern wir einen vorzeitigen Abzug und geben den Mächten gleichzeitig ein konkretes Interesse, sich endlich ernsthaft um die politische Lösung des deutschen Problems zu bemühen.

Unser nationales Hauptanliegen ist die Überwindung der Teilung unseres Landes. Unsere erste menschliche Pflicht ist die friedliche Auslösung unserer Brüder und Schwestern aus dem sowjetischen Zwangssystem. Bekundungen unserer Sympathie mit ihrem Notstand (wie in der Weihnachtsbotschaft Dr. Adenauers) genügen nicht. Es genügt auch nicht, wenn uns ehrwürdige ausländische Besucher (wie der greise Ex-Präsident Hoover) versichern, sie beteten darum, dass Deutschland seine Einheit und Freiheit zurückerobern möge. Und es beeindruckt uns auch nicht, wenn Befürworter der "Festung Amerika"-These

herübergebracht werden, um eine wankende Bonner Staatsführung dadurch zu stützen, dass sie uns mit einer Abwendung Amerikas von Europa bange zu machen versuchen.

Die harte Tatsache ist ganz einfach, dass Amerika das westeuropäische Potential nicht in die Hände der Sowjetunion fallen lassen darf, wenn das westliche Übergewicht nicht verloren gehen soll. In dieser Tatsache liegt die Stärke der deutschen Position. Nicht durch die Aufstellung deutscher Divisionen, sondern durch ihre Verweigerung fördern wir eine westliche Politik, die einem in Frieden und Freiheit wiedervereinigten Deutschland dient. Dieses so wiedervereinigte Deutschland würde auf der Grundlage der militärischen Bündnisfreiheit gegenüber Ost und West seine Sicherheit in einem echten Kollektivsystem aller an Frieden Europas interessierten Mächte finden können.

Auf dem Flugsand der deutschen Spaltung und gegen den Willen grosser und gerade der aktivsten Teile des deutschen Volkes lässt sich keine auf die Dauer tragfähige Sicherheit begründen.

+ + +

#### Kirche und Staat

R.G. Zwischen der Kirche und dem Staat ist in der Frage der Kompetenzen ewige Fehde gesetzt. Sie begann schon zu Christi Zeiten mit der verhänglichen Gewissensfrage nach dem Gehorsam gegenüber der Obrigkeit und der weisen Antwort: "Bett dem Kaiser, was des Kaisers ist".

Unsere heutige Zeit bietet in ihrer bunten Vielfalt politischer Ziele und Zuständigkeiten besonders viele Angriffsflächen. Es fällt uns schon gar nicht mehr auf, aus der Welt des totalitären Staates nahezu täglich von Differenzen zwischen Kirche und Obrigkeit zu hören. Aber so sehr viel anders als dort scheint es in der freien Welt auch nicht einmal zu sein. Wir könnten von Übergriffen gewisser kirchlicher Kreise in das Gebiet, das nach der alten Überlieferung das des Kaisers ist, nahezu täglich ein neues Lied singen.

Jetzt hat sich auch in Gottes eigenem Land, in den USA, ein Fall ereignet, der zu diesem Thema gehört. Im amerikanischen Staat Kalifornien gibt es ein Gesetz, nach dem Kirchen unter der Bedingung von der Vermögenssteuer befreit werden, dass sie der Regierung einen Treue-Eid leisten. Vor dieser Situation stand jetzt die Unitarier-Kirche in Berkeley. Sie beschloss und gab bekannt, dass sie doch lieber - nach deutschem Geld jährlich 9.300 DM - Vermögenssteuer zahlen, als sich in eine unmittelbare Abhängigkeit von der Obrigkeit begeben wolle; nach ihrer Meinung bedeuete die verlangte Treue-Erklärung einen Verstoß gegen den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat.

Wenn uns das eine Mal das Streben der Staatsgewalt nach Unterdrückung der Kirchen in einem Teil der Welt Zeichen der Zeit zu sein scheint und das andere Mal das nicht minder eifrige Streben der Kirchen nach Beeinflussung des Staates und seiner Politik in anderen Teilen der Welt auffällt, so hebt sich gewiss das kalifornische Ereignis erfreulich heraus. Hier hat eine Kirche mit einer sichtbaren Geste ihren Grundsatz der Unabhängigkeit unerschütterter vertreten und eine stattliche Summe von Dollare für ihre Freiheit geopfert. In einem Lande, wo der Dollar und die Sucht, möglichst viel davon zu verdienen, so hoch im Kurs stehen, hat eine solche Geste gewiss ihr besonderes Gewicht.

Verantwortlich: Peter Reimann